

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

63. Sitzung
13. März 2026

Beginn: 10.01 Uhr
Schluss: 12.23 Uhr
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der stellvertretenden Schriftführerin/ des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Scott Körber: Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0167](#)
Rechtsextremismus im Sport effektiv bekämpfen –
Platzverweis für Nazis Sport
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0117](#)
Nazis vom Platz verweisen! – Rechtliche Grundlagen Sport
und Möglichkeiten im Sportfördergesetz und der
Sportanlagennutzungsverordnung verankern
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0104](#)
Kulturelle Konflikte, Gewalt und Antisemitismus im Sport
Berliner Amateurfußball: Bestandsaufnahme,
Strategien und Lösungen
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hier: Fortsetzung der Anhörung vom 05.12.2025
zu a) bis c)

Zu den Tagesordnungspunkten 3 a bis c liegt Ihnen das Wortprotokoll der 58. Sitzung vom 5. Dezember 2025 vor. Wir setzen heute die Anhörung fort. Zur Anhörung begrüße ich ganz recht herzlich Herrn Mathias Wörsching von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie uns heute zu Verfügung stehen! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass es Bild- und Tonaufnahmen der Presse geben kann, und Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank!

Ist die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht? – Das ist der Fall. Dann machen wir das bitte so!

Möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antrag unter Punkt 3 a noch einmal begründen? – Bitte schön, Herr Mirzaie!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich darf heute im Namen meiner Fraktion und auch im Namen meiner Kollegin Frau Schedlich unseren Antrag vorstellen. – Vielleicht erst einmal grundsätzlich: Ich war ein bisschen irritiert. Es geht hier um „Rechtsextremismus im Sport effektiv bekämpfen“. Ich habe mich schon gewundert, dass der Antrag einer rechtsextremen Partei damit verbunden wird. Die AfD ist in meinen Augen nicht Teil der Lösung in dieser Diskussion, sondern Teil des Rechtsextremismusproblems in Berlin, und sie hat auch bewiesen, dass sie mannigfaltige Verbindungen genau in diese Szenen hat, die wir hier kritisieren, zum Beispiel über Herrn Mario Müller, der Ihnen als Mitarbeiter Ihrer Bundestagsfraktion bekannt sein dürfte. – Das erst mal einleitend, damit dieser Irritationspunkt bei mir mal ausgesprochen ist.

Ich komme aber sehr gerne zu unserem Antrag. Wir hatten bereits eine sehr interessante und informative Anhörung hier im Sportausschuss und haben mit den Erkenntnissen, die wir dort als Fraktion gewonnen haben, versucht, das bestmöglich in einen Antrag zu gießen. Wir sehen ebenfalls, wie viele Anzuhörende und Expertinnen und Experten hier in Berlin, dass der Kampfsport, aber auch natürlich andere Sportformen strategisch zur Rekrutierung, zum Aufbau von Ideologien und auch zur Vorbereitung auf Gewalt genutzt werden. Es ist insbesondere natürlich die Kampfsportszene, wo es einerseits organisierte Formen des Kampfsports gibt, aber es gibt auch viele unorganisierte informelle Kampfsportstrukturen, wie zum Beispiel die Ackerkämpfe und andere Formate, in denen es nicht nur darum geht, sich sportlich zu betätigen oder den sportlichen Wettbewerbsgedanken zu prägen, sondern eindeutig auch darum, sich körperlich zu ertüchtigen, um dann mit Blick auf einen imaginierten Tag X diese Kenntnisse und Fähigkeiten im Kampf mit den politischen Gegnerinnen und Gegnern einsetzen zu können. Es ist also auch Teil der Einschüchterungsstrategie und der Gewaltverherrlichung der rechtsextremen Szene.

Wir wissen durchaus, dass die Berliner Kampfsportlandschaft sehr heterogen ist. Uns liegt auch nichts ferner, als hier alle über einen Kamm zu scheren. Aber uns ist es wichtig, dass wir hier natürlich auch die diskriminierungssensible Präventionsarbeit stärken, dass wir auch gucken, wo es strukturelle Regelungslücken gibt, wo Politik dazu beitragen kann, dass gerade diejenigen, die den Kampfsport aus den demokratischen, positiven Aspekten heraus betreiben, gestärkt werden und dass gerade diejenigen, die diesen Sport für ihre Gewaltverherrlichung, für ihre politische, rechtsextreme Ideologie ausnutzen, entsprechend daran gehindert werden. Berlin sollte in unseren Augen verbindliche fachliche Standards für diese Sportangebote entwickeln, die natürlich dann auch Demokratiebildung, Gewaltprävention, Diskriminierungssensibilität, aber auch Aspekte wie den Kinderschutz systematisch verankern und vor allem dann auch hoffentlich eine entsprechende fachliche Debatte über diese sportpädagogische Verantwortung, aber auch demokratische und gesellschaftliche Verantwortung des Sports anstoßen.

Wir regen an, eine landesweite Fach- und Koordinierungsstelle Sport einzurichten. Die genau diese Debatten und Diskussionen dann auch vereint, aber auch ganz klar Handlungsempfehlungen, Interventionskonzepte und auch die Qualifizierung für Trainerinnen und Trainer und all jene pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beinhaltet, die gerade auch mit den Kindern und Jugendlichen und in der Vereinsarbeit aktiv sind. – An dieser Stelle auch ein großes Dankeschön an die vielen Ehrenamtlichen, die sich hier tagtäglich im Sport engagieren! Ohne den Sport sähe es in Berlin ziemlich mau aus.

Wir wollen darüber hinaus auch Beratungs-, Melde- und Unterstützungsstellen beziehungsweise eine Unterstützungsstelle schaffen, damit diejenigen, die zum Beispiel auch Kenntnis erhalten über problematische Einstellungen, problematisches Agieren, dieses im Rahmen eines Monitorings mitteilen können, damit wir da auch entsprechend agieren können.

Außerdem würden wir gerne auch gucken, wie man die Qualitätssicherung besser gestalten kann. Und natürlich ist eine konsequente Umsetzung der Sportanlagen-Nutzungsvorschriften ein wichtiger Punkt für uns. Wir sind der Meinung, dass es schon auch einige gute Ansätze und auch gute Regelungen gibt, aber wie so oft ist es eine Frage der Umsetzung. Wir möchten

gerne nochmal einen stärkeren Fokus darauf setzen, dass unsere Sportanlagen nicht missbraucht werden, wie wir es in der Vergangenheit, zum Beispiel bei der Rennbahnstraße und anderen Anlagen, schon gesehen haben. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Abgeordneter! Sie haben sich auch schon auf den Tagesordnungspunkt 4 bezogen. Ich würde Ihnen jetzt der Einfachheit halber vorschlagen, dass ich den auch mit aufrufe, weil er thematisch identisch ist. Dann können wir ihn zusammen mit der Anhörung behandeln. Wir haben sowohl einen Besprechungspunkt der Grünen als auch den Antrag, den ich allerdings noch nicht aufgerufen hatte. Das mache ich jetzt, hole es nach, weil ich dazu noch einen Hinweis habe. Wir haben also ebenfalls

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3024

**Bekämpfung von Rechtsextremismus im Sport –
Fachliche Standards, Prävention und Regulierung
stärken**

[0183](#)

Sport(f)
InnSichO

Ich möchte ganz ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Plenum den Antrag gestern auch an den Ausschuss Inneres, Sicherheit und Ordnung zur Mitberatung überwiesen hat. Vor diesem Hintergrund können wir den Antrag heute zwar beraten, aber nicht abstimmen, weil die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses verständlicherweise noch nicht vorliegt. So, dann haben wir den jetzt auch aufgerufen.

Wir kommen wieder zurück zu Tagesordnungspunkt 3 b. Möchte die Fraktion Die Linke ihren Besprechungspunkt begründen.? – Bitte schön, Frau Engelmann!

Claudia Engelmann (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir hatten im Dezember die Anhörung, die von den Anzuhören einiges ans Tageslicht gebracht hat und vor allen Dingen auch Widersprüche aufgezeigt hat zwischen dem, was Trägerinnen uns erzählt haben, und dem, was seitens des Senats gesagt wurde, beispielsweise dass die SPAN-Regeln ausreichend sind. Aber in der Stellungnahme, die jetzt auch von der MBR noch mal verteilt wurde, ist sehr deutlich geworden, dass es eben zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreicht. Jetzt ist die SPAN gerade wieder geändert worden, aber es finden sich immer noch keine Hinweise darauf, endlich diese rechtlichen Rahmenbedingungen auch so zu schaffen, dass wir ausschließen können, dass Nazis von steuersubventionierten Sportplätzen profitieren und da ihre Trainingslager für den Straßenkampf und zur Rekrutierung missbrauchen können. Umso mehr freue ich mich, dass wir heute noch mal ins direkte Gespräch gehen können. Vielleicht hat sich ja auch nach der letzten Anhörung schon ein bisschen was bewegt seitens der Senatsverwaltung. Ich und meine Fraktion würden uns sehr wünschen, dass wir da eine Einigkeit finden können, dass wir die rechtlichen Grundlagen dann auch schaffen. – Ich bedanke mich jetzt schon mal für die Zeit heute!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Frau Engelmann! – Möchte die AfD-Fraktion Ihren Antrag zu Punkt 3 c der Tagesordnung erneut begründen? – Das ist der Fall. – Bitte, Herr Scheermesser!

Frank Scheermesser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Als erstes möchte ich mich mal gegen die Aussage verwahren, dass unsere Partei Teil des Problems ist. Im Gegenteil, wir treten ganz klar gegen jede Art von Extremismus auf, ob das von rechts, von links oder islamistisch motiviert ist. Deswegen freuen wir uns, dass wir heute die Anhörung fortsetzen können, dass Herr Wörsching heute berichtet.

Uns interessiert natürlich auch, wie der Senat dazu steht, dass die Gewalt nicht bloß von rechts kommt, sondern auch von links oder von islamistisch motivierten Tätern. Wir haben gehört, was Herr Gronert hier von Makkabi berichtet hat über diesen Antisemitismus, der nicht ausschließlich von rechts kommt, sondern auch aus einer anderen Richtung. Mich würde auch mal interessieren, ob der Senat denn auch mal ein Auge darauf hat, was zum Beispiel im Görlitzer Park, wenn es wieder wärmer wird, fast täglich vonstattengeht, wenn die Antifa dort ihre Übungen macht, zwar nicht organisiert, aber auch von Vorfeldorganisation unterstützt. Möchte man auch mal in diese Richtung schauen? – Danke schön!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön Herr Scheermesser! In erster Linie geht es uns natürlich um offizielle Sportanlagen. Aber nun gut! – Möchte der Senat eine Stellungnahme abgeben? – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Sehr geehrte Abgeordnete! Hallo, Herr Wörsching! Es ist gut, dass wir uns ein weiteres Mal mit dem Thema befassen. Das zeigt auch, wie wichtig das Thema nicht nur im Sport, sondern insgesamt im Land Berlin ist. Schon in der Sitzung am 5. Dezember wurde deutlich, dass entsprechend der Polizeistatistik mit 78 Prozent der Fälle rechtsextreme Taten im Sport überwiegen. Gleichwohl möchte ich wiederholen, dass der Sportplatz verglichen mit anderen Orten nicht der primäre Ort für politisch motivierte Kriminalität ist. 2024 wurden vom kriminalpolizeilichen Meldedienst insgesamt 65 Fälle politisch motivierter Kriminalität auf Sportstätten gezählt. Die Polizeistatistik zählte insgesamt 8 309 Fälle. Das sind weniger als 1 Prozent im Sport. Ich will das Thema hier nicht bagatellisieren, auch nicht kleinreden. Ich weiß auch, wir haben hier eine hohe Dunkelziffer. Aber ich denke, zur Einordnung ist es wichtig, das hier einmal festzuhalten.

Was sind die rechtlichen und präventiven Maßnahmen, um Missbrauch von rechtsextremistischen Gruppen im Sport entgegenzuwirken, die versuchen, Jugendliche für ihre Zwecke auszubehuten, anzuwerben? – Neben den rechtlichen Möglichkeiten sind präventive Maßnahmen, etwa Projekte wie zum Beispiel FAIReint des Berliner Fußball-Verbandes, das pädagogische Maßnahmen erarbeitet – Diese Maßnahmen führen dazu, dass Vorurteile abgebaut werden und die Unterschiedlichkeit von Menschen als Vorteil und nicht als eine Gefahr wahrgenommen wird. Somit kann sportlicher Wettbewerb im Mittelpunkt stehen. Von Makkabi Berlin haben wir ein weiteres Beispiel bei der Sitzung des Sportausschusses vom 5. Dezember zum Thema vorgestellt bekommen. Frau Esh und Herr Gronert hatten eindrucksvoll vom Projekt Zusammen1 Berlin berichtet. Dieses Projekt schafft durch Bildungsarbeit langfristige und nachhaltige Strukturen für die Bekämpfung von Antisemitismus und Antidiskriminierung im und durch den Sport, stärkt das Demokratieverständnis innerhalb unserer Gesellschaft und sensibilisiert für das jüdische Leben in der Stadt. Für eine effektive Bekämpfung von rechtsextremem Einfluss auf unsere Sportlerinnen und Sportler sollten präventive und interventive Maßnahmen der Strafverfolgung Hand in Hand gehen. – So weit erst einmal mein Statement dazu.

Ich denke, zu den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften kommen wir nachher noch einmal. Und zum Antrag der Grünen würde ich nachher, im weiteren Verlauf noch mal ausführen.

Vorsitzender Scott Körber: Danke, Frau Staatssekretärin! – Wir kommen jetzt zur Anhörung. Ich gebe nun dem Anzuhörenden das Wort und möchte Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf bis maximal zehn Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Herr Wörsching, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Mathias Wörsching (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Namen des ganzen Teams der MBR bedanke ich mich recht herzlich für die Möglichkeit, hier sprechen zu können! Die Expertise der MBR speist sich aus nun bald 25 Jahren der Beratung und Bildung für die ganze Berliner Stadtgesellschaft. Im Bereich des Sports haben wir aktive Sportlerinnen und Sportler aus Vereinen, Trainerinnen und Trainer, Menschen, die Vereinsvorsitzende, Menschen, die Sportarbeit in Vereinen organisieren, Vertreterinnen und Vertreter demokratisch orientierter Fangruppen beraten und fortgebildet. Wir haben einzelne Zuständige aus Teilen der Berliner Verwaltung beraten. Wir haben in einzelnen Stadtbezirken Fortbildungsveranstaltungen für Sportplatzwarte, für aktive Mitglieder von Sportvereinen im Zusammenhang mit den Themen, die uns heute hier auch zentral beschäftigen, durchgeführt.

Ich werde nur ganz kurz auf die Problembeschreibungen eingehen, weil das am 5. Dezember bei Ihnen schon ausführlich geschildert wurde und auch in der hier vorliegenden und damals schon vorliegenden Stellungnahme der MBR bereits ausgeführt wurde. Ich möchte mich dann auf den einschlägigen Abschnitt der jetzt geltenden Haus- und Nutzungsordnung als Teil der SPAN und vor allen Dingen auf unsere Vorschläge und Empfehlungen zur effektiveren Umsetzung und Konkretisierung dieses einschlägigen Abschnittes beziehen. Dieser liegt Ihnen auch auf der Seite 2 der Stellungnahme vor. Dann möchte ich etwas zum Thema der Prävention sagen.

Ganz kurz zur Problembeschreibung: Seit mindestens 2021 führen Rechtsextreme in Berlin Kampfsporttrainings und andere Sportaktivitäten in bezirklichen Sportanlagen durch. Besonders präsent ist dabei die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg mit ihrer Jugendorganisation Nationalrevolutionäre Jugend. Diese sportlichen Aktivitäten werden der innerparteilichen Arbeitsgemeinschaft Körper und Geist zugeordnet. Kraft- und Kampfsport ist für Neonazis und Rechtsextreme ein wesentlicher Teil der eigenen Praxis, Identität und Selbstinszenierung. Vor allem Der III. Weg stellt diesen Aspekt auch propagandistisch heraus, etwa in sozialen Medien. Der III. Weg, etwa bei Verteilungen seiner Propaganda im Umfeld von Schulen, versucht, direkt mit den Kampfsportangeboten junge Menschen, insbesondere junge Männer, anzulocken und in seine Organisationsstrukturen einzubinden. Es fällt auch auf, dass bei solchen Trainings auf öffentlichen Sportanlagen, wie in der Vergangenheit dokumentiert, teilweise rechtsextreme Symbolik oder eben parteieinheitliche Bekleidung des besagten III. Wegs getragen wird. Gemeinschaftlicher Kampfsport ist Teil einer rechtsextremen Erlebniswelt, mit der sowohl neue Mitglieder rekrutiert als auch Zusammenhalt und Motivation der eigenen Gruppe erhöht werden sollen. Verschiedene Gewaltvorfälle aus den vergangenen Jahren verdeutlichen, dass diese Trainings nicht nur sportlichen Charakters sind, sondern auch als Vorbereitung für die Auseinandersetzung auf der Straße dienen. Das Bedrohungspotenzial für Menschen, die in der rechtsextremen Ideologie als Feind markiert sind, steigt demzufolge.

Der jetzt geltende einschlägige Abschnitt der Sportanlagen-Nutzungsvorschriften, der Aussagen gegen das Zeigen rechtsextremer Symbolik und ein Diskriminierungsverbot enthält, ist aus unserer Sicht durchaus ausreichend beziehungsweise stellt eine gute Grundlage dar und spannt einen ausreichenden Rahmen auf, um gegen entsprechende Erscheinungen auf Sportanlagen vorzugehen. Diese Haus- und Nutzungsordnung, insbesondere der einschlägige Passus, sollte berlinweit einheitlich bekanntgemacht werden und auf den Internetseiten der Sportämter und in Sportanlagen durch Aushänge visualisiert werden. Etwaige bezirkliche Zusätze, Anlagen zur Haus- und Nutzungsordnung, sollten unserer Einschätzung nach – da berufen wir uns auch auf Erfahrungen aus der Beratungs- und Bildungsarbeit in den Bezirken – ebenfalls berlinweit einheitlich gehandhabt werden. Sie sollten keine Widersprüche enthalten. Hinweise zu dem einschlägigen Abschnitt der Haus- und Nutzungsordnung sollten einfach in den Formulierungen gehalten werden und eher beispielhaft konkretisieren, was mit der Haus- und Nutzungsordnung gemeint ist und wie sie in bestimmten Anwendungsfällen auch ausgeführt werden kann. Es wäre aus unserer Sicht empfehlenswert, Formulierungen, die an diesen Passus der Haus- und Nutzungsordnung angelegt sind, auch in die Überlassungs- beziehungsweise Nutzungsvereinbarung aufzunehmen, die Sportämter mit Sportvereinen abschließen, um diesen die Nutzung von Sportanlagen zu gewähren und diese Nutzung zu regeln. Ebenso sollten in diesen Überlassungs- und Nutzungsvorschriften Klauseln enthalten sein, die festlegen, dass bei einem Verstoß gegen die Haus- und Nutzungsordnungen, insbesondere bei wiederholtem Verstoß, die dem Sportverein zustehenden Trainingszeiten vorübergehend oder dauerhaft reduziert oder entzogen werden könnten. In den bezirklichen Sportämtern gibt es das, soweit wir wissen, in Einzelfällen. Wir wissen nicht, wie weit das verbreitet ist.

Es gibt auch Arbeitsanweisungen an das bezirkliche Personal, insbesondere die Sportplatzwarte, die darauf hinauslaufen, dass den Sportplatzwarten eine feste Ansprechmöglichkeit innerhalb des Sportamtes genannt wird, wo sie etwaige Wahrnehmungen, Sichtungen, Meldungen von Verstößen gegen die Haus- und Nutzungsordnung mit Bezug zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus melden können, und sie werden auch per Arbeitsanweisung angehalten, diese Meldungen vorzunehmen. Wir würden empfehlen, solche Meldungen dann auf bezirklicher Ebene zu sammeln und an die Zuständigen in der Senatsverwaltung sowie an die bestehenden zivilgesellschaftlichen Monitoringstellen in den Bezirken, die Ihnen sicher bekannten Registerstellen, weiterzugeben.

Sicher ist es notwendig, aktive Sportlerinnen und Sportler, Menschen aus Vereinen, auch die bereits erwähnten Sportplatzwarte, auch Trainerinnen und Trainer, auch Ordnerinnen und Ordner, die bei Sportveranstaltungen tätig werden, für diese Problematik zu sensibilisieren, ihnen im Rahmen von Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen naheulegen, um welche Symbole, welche Ausdrucksformen, Erscheinungsformen von Diskriminierung von rechtsextremer Ideologie es sich in der Gegenwart in Berlin vor allem handelt, und auch mit ihnen gemeinsam zu besprechen, wie sie die Haus- und Nutzungsordnung gut umsetzen können. Bei solchen Fortbildungsmaßnahmen ist es unserer Erfahrung auch immer wichtig, soweit wie möglich ein Prinzip der Freiwilligkeit anzuwenden, damit die Fortbildungsempfängerinnen und -empfänger auch empfänglich sind. Bei den Sportplatzwarten ist das vielleicht etwas anderes. Da könnte eine in einem gewissen Rhythmus stattfindende verpflichtende Veranstaltung auch ratsam sein.

Es wäre gut, die Umsetzung der Haus- und Nutzungsordnung auch durch Aushänge in Sportanlagen zu unterstützen, den in Vereinen und auf den Anlagen aktiven Menschen und auch den Sportplatzwarten vielleicht so eine Art Pocketflyer oder Ähnliches zur Verfügung zu stellen, wo sie die gängigsten, wichtigsten Symbole aus dem Bereich des heutigen Rechtsextremismus vorfinden, eventuell auch mit Hinweisen zur Anwendung. Denkbar wäre etwa ein Farbsystem mit Rot, also bei Sichtung entsprechender Symbole sollte die Polizei gerufen werden, sollte ein Verweis von der Anlage und selbstverständlich die Meldung an den Bezirk erfolgen. Bei dieser Gruppe von Symbolen wäre etwa an Symbole aus dem Bereich des historischen Nationalsozialismus zu denken. Eine weitere Kategorie könnte Orange sein, wo Menschen wissen, da sollte ein Verweis von der Sportanlage gemäß der Haus- und Nutzungsordnung erfolgen, es sollte eine Meldung an die zuständige Struktur erfolgen. Dies könnte etwa dann gelten für die Abzeichen rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, insbesondere des schon mehrfach erwähnten III. Weges oder etwa für das Schwarz-Weiß-Rot als Hauptsymbol des Rechtsextremismus oder das sehr gängige rechtsextreme Symbol, das unter dem Phantasiennamen Schwarze Sonne bekannt ist. Eine weitere Kategorie könnte Gelb sein. Da wäre dann der Fall, dass mindestens eine Meldung erfolgen sollte. Das könnte für den großen Bereich der sogenannten Grauzone gelten, also für viele Symbole, die zwar sehr stark auch von rechtsextremer Seite, aber eben nicht nur von Rechtsextremen, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, Szenen und Milieus benutzt werden. Bei der Entwicklung solcher unterstützender Maßnahmen wie Aushänge und Pocketflyer sind wir als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus selbstständig sehr gerne bereit zu unterstützen.

Alles bisher genannte bezieht sich auf Regeln, auf Vorschriften und deren Umsetzung. Deutlich wichtiger ist aus unserer Sicht die Prävention. Wir haben hier in Berlin glücklicherweise sehr viele Sportvereine und Sportstrukturen, die demokratisch und menschenrechtsorientiert arbeiten und entsprechende Sportangebote machen. Aus unserer Sicht gilt es, diese Aktivposten der demokratischen Zivilgesellschaft im Bereich des Sports noch stärker zu unterstützen. Zu denken wäre etwa an die vielen Sportvereine, die in den Jahren nach 2013 Angebote für Geflüchtete, zum Beispiel für geflüchtete Kinder und Jugendliche, gemacht haben. Zu denken wäre aber auch an die über 50 demokratisch positionierten Vereine, die sich 2020 an der Kampagne „Kein Platz für Rassismus und Antisemitismus“ beteiligt haben. Das haben wir damals mit unserem Schwesterprojekt „Berlin gegen Nazis“ und mit dem Berliner Fußball-Verband gestartet. Das nur zur Verdeutlichung, wie viele mögliche Ansatzpunkte und Partnerinnen und Partner es in der Sportlandschaft gibt. Es sollten unserer Ansicht nach Mittel und Wege gefunden werden, wie die Angebote dieser Vereine die Alternativen zu rechtsextremen Angeboten darstellen, gerade im Bereich Kampfsport, Kraftsport oder auch in populären Spielsportarten, in diejenigen Stadtbezirke kommen können, die verstärkt ein Problem mit Rechtsextremismus haben. Da ist an die Stadtränder zu denken, beileibe nicht nur an die im Osten, aber auch an andere Gegenden, eher innerstädtische Gegenden, die Probleme mit Armut und mangelnder Infrastruktur haben. – Ich danke schon mal bis hierhin für die Aufmerksamkeit! Ich habe nicht alles unterbringen können. Ich bin gespannt auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Scott Körber: Recht herzlichen Dank! – Wir kommen zur Fragerunde. – Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für den ersten interessanten Einblick! Zumal man echt sagen muss, dass Sie das Sportsystem in dieser Stadt verstanden und klar auch adressiert haben, was hier in diesem Ausschuss das Kernthema ist, nämlich die Befassung mit dem organisierten, förderungswürdigen Sport. Da gibt es einfach bestimmte Möglichkeiten für uns einzuschreiten. Aber es ist eben auch nicht alles möglich.

Ich habe drei ganz konkrete Fragen noch mal an Sie, die den Blick noch ein bisschen weiten und insoweit hoffentlich noch das ein oder andere möglich machen, was noch auf Ihrem Zettel steht. Dieses Thema Unterwanderung von Sportvereinen beziehungsweise einzelnen Abteilungen oder Sportarten von Sportvereinen durch Rechtsextremisten, zum Beispiel des III. Weges –– Wie viele solcher Beispiele sind Ihnen bekannt? Ich kenne dieses Beispiel Rennbahnstraße aus Pankow, wo der III. Weg die eigene kleine Abteilung eines Sportvereins durch Personenidentität übernommen hat, wenn man so will, und dadurch auch an die Sportanlage gekommen ist. Kennen Sie weitere Beispiele, und kann man das beziffern?

Dann würde mich interessieren, wie das Dunkelfeld ist. Sie haben gerade zu Recht noch mal darauf hingewiesen, dass sicherlich ein Großteil der über 2 000 Sportvereine, die wir in Berlin haben, auf der richtigen Seite steht, um es vorsichtig zu sagen. Aber was ist im Sportbereich in diesen Dunkelfeldern unterwegs, also an Sportangeboten, die sich nicht im Rahmen des gemeinnützigen, förderungswürdigen Sports bewegen, die sich in irgendwelchen kleinen Kampfschulen abspielen, in irgendwelchen Hobbykeller, möglicherweise sogar in kleinen Fitnessclubs, die vielleicht sogar von Rechtsextremisten für Rechtsextremisten gegründet werden? Was weiß die MBR darüber?

Dann würde mich eine Einschätzung zum Thema E-Sport und Gaming interessieren. Können Sie auch dazu etwas sagen? Da gibt ganz bestimmte Spiele, die mit Gewalt und ähnlichen Dingen arbeiten. Da gibt es die Möglichkeit, zunächst im Netzwerk miteinander zu spielen, ohne sich persönlich bekannt zu machen, aus einer Anonymität heraus zu agieren. Weiß die MBR auch etwas darüber, inwieweit diese Strukturen genutzt werden, um insbesondere junge Menschen an das Thema Rechtsextremismus heranzuführen?

Ich will auch schon ein paar Sätze zu dem Antrag der Grünen sagen. Für mich ist das ein bisschen viel – wie soll man das sagen? – Bevormundung von Sportvereinen beziehungsweise Ermöglichung. Es gibt eine ganze Reihe von Programmen – das ist teilweise auch angeklungen –, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind, um das Themenfeld Rechtsextremismus im Sport zu bekämpfen. Es gibt eine Anlaufstelle beim Landessportbund. Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft hat sich mit dem Thema beschäftigt. Es gibt das Netzwerk „Sport mit Courage“ – gefördert im Übrigen auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung, durch das Bundesfamilienministerium. Es gibt ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport. Und es ist auch beim MBR eines der Themen, den Sport und Sportvereine zu beraten und zu qualifizieren. Was das Land Berlin unter anderem auch noch macht, ist die Förderung von Fanprojekten. Wenn man sich den Antrag der Grünen jetzt wieder anguckt, dann – tut mir leid, dass ich das in der Deutlichkeit sage –, zeugt das einfach wieder von einer großen Unkenntnis, wie Sport in Berlin organisiert wird und funktioniert. Von den über 2 000 Sportvereinen arbeiten, ich glaube, 1 950 rein ehrenamtlich, das heißt ohne hauptamtliches Personal. Wir reden von Sportvereinen, die 30, 50 oder 60 Mitglieder haben. Alleine in diesem Antrag sind schon wieder verbindliche Standards, Regulierung und Zertifizierung, freiwillige, aber perspektivisch verbindliche Lizenzen enthal-

ten, die gemacht werden sollen. Sie wollen den Sport in dieser Stadt knechten, und zwar leider auch an dieser Stelle. Sie wollen nichts ermöglichen, sondern sie wollen bevormunden. Das ist immer wieder, wenn Grüne – – Manchmal ist es auch bei den Linken so. Die kennen den Sport vielleicht sogar noch ein bisschen besser als die Grünen. Und das betrifft alle möglichen Themen, die wir hier diskutieren. Das betrifft Kinderschutz, das betrifft Inklusion, das betrifft Gewaltprävention, das betrifft eben auch Extremismusprävention. Und Sie haben nicht verstanden, wie das Sportsystem in dieser Stadt funktioniert, dass wir davon abhängig sind, dass Menschen sich ehrenamtlich engagieren als Übungsleiterin, als Übungsleiter, als Funktionärin und Funktionäre im Verein, mit großen – das haben wir auch häufig debattiert – Sorgen, neue Leute zu finden, Nachwuchs zu finden. Und die werden nicht besser, wenn man hier immer von den Grünen mit diesen bevormundenen Anträgen geknechtet wird. Wir sind hundertprozentig, Herr Mirzaie, einer Meinung: Kein Fußball den Rechtsextremisten in unseren Sportvereinen, kein Fußball den Rechtsextremisten im organisierten Sport und im Idealfall überhaupt kein Fußball den Rechtsextremisten in unserer Gesellschaft! Aber das erreicht man nicht durch Anträge, wie sie auch heute wieder hier von den Grünen gestellt werden. Deswegen kann ich für meine Fraktion nur sagen, dass wir das ablehnen werden und uns in der Tat darauf konzentrieren müssen, wie wir echte Unterstützungsleistungen ohne dieses Bevormundende für Vereine hinbekommen, die ernsthaft in diese Problematik geraten, dass sie unterwandert werden von Übungsleitenden, die sich nämlich dann noch engagieren. Die suchen sich – das würde mich auch noch interessieren, Herr Wörsching – speziell Vereine aus, wo es wenig Gegenwehr gibt, wo die Vorstände nicht mehr besetzt werden können, wo man verhältnismäßig leicht an die Positionen kommt. Das müssen wir mit aller Macht aus diesem Ausschuss heraus und in dieser Sportstadt mit Unterstützung der großen Verbände, mit Unterstützung des LSB, mit Unterstützung der Bezirkssportbünde bekämpfen. Aber dafür schüttet dieser Antrag, den die Grünen hier stellen, wieder das Kind mit dem Bade aus. Diese Bevormundungsstrategie wird es jedenfalls mit meiner Fraktion nicht geben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Buchner! – Jetzt Frau Engelmann, bitte!

Claudia Engelmann (LINKE): Vielen Dank, Herr Wörsching, für die Ausführungen und dafür, dass Sie das, was wir schon in der Stellungnahme lesen könnten, noch einmal deutlich gemacht haben! – In Richtung von Frau Staatssekretärin Becker: Natürlich geht es hier nicht um Bagatellisierung, aber wir wissen auch, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik das Dunkelfeld nicht erfasst und dass es deutlich mehr Fälle gibt als die, die hier genannt wurden. Jede dieser Taten ist eine zu viel, und wir können nur gemeinsam daran arbeiten, derartige Taten auf unseren Sportplätzen in Berlin nicht zu dulden und wirklich auch zu verfolgen.

Ich würde als erstes zur Situation der Platzwarte und der Übungsleitenden kommen. Wir wissen, wie schwierig es tatsächlich in den Sportvereinen mit der Personalausstattung ist. Wir haben auch von Sportämtern gehört, dass es oft auch an Personal fehlt. Die Situation in Lichtenberg war mehrfach die, dass beispielsweise bei Bekanntwerden eines Vorfalls auch das Sportamt nicht erreichbar gewesen ist, weil es außerhalb der regulären Öffnungszeiten stattfand und es dann durchaus Schwierigkeiten gab, weil es kaum eine Durchsetzungskraft gab. Das betrifft die große Frage nach der juristischen Rückendeckung für die Platzwarte oder eben auch die Übungsleitenden, insbesondere im Umgang mit Neonazis, die sich auf das Parteiengesetz berufen. Gibt es in die Richtung Erfahrungen, wie wir da weiter vorgehen können?

Dann berichteten Sie auch, dass es Schulungen und Veranstaltungen seitens des MBR gibt. Mich würde interessieren, inwieweit die nachgefragt werden. Sind das tatsächlich flächendeckend Vereine über ganz Berlin? Sind daran alle Bezirke beteiligt? Wie werden Sie angesprochen? Gehen Sie selber in den Verein? Sind es die Vorstände, die sich dann darüber informieren? Oder gibt es ganz konkret diese Schulungsangebote für Platzwarte oder auch für Übungsleitende, und wie werden diese nachgefragt? Damit wir mal eine Größenordnung bekommen. Dann bitte ich auch noch mal um eine Einschätzung von Ihnen, ob das ausreichend ist, was da bisher im Land Berlin angeboten wird, sowohl von den freien Trägern als auch vom Landessportbund. Gibt es da noch Nachsteuerungsbedarf?

Dann zur Symbolproblematik: Gibt es Erfahrungen dazu? Das eine ist das Pocketcase. Aber es gibt ja tatsächlich auch eine gesellschaftliche Überforderung, die Symbole zum Teil noch einordnen zu können und auch Kleidung einordnen zu können. Gibt es damit Erfahrungen, dass es Institutionen, Vereine oder Ähnliches gibt – Gibt es Beispiele, wo das, was als Pocketcase in der Tasche steckt, auch öffentlich ausgehängt wird, sodass das visualisiert ist und alle darauf auch Bezug nehmen können? Erachten Sie es für sinnvoll, das in den Sportanlagen dann auch auszuhängen?

Herr Buchner hat jetzt viele spannende Projekte genannt, die es in dem Bereich gibt. Aber das ist ja alles eine freiwillige Selbstverpflichtung, die dahintersteckt von den Vereinen, sich damit auseinanderzusetzen. Wir haben unterschiedliche Siegel oder auch Projekte wie „Schule ohne Rassismus“, die wirklich eine Schlagkraft haben. Das Kinderschutzsiegel ist dankenswerterweise verpflichtend eingeführt worden. Wie sieht es in die Richtung aus? Ist das Ihrer Einschätzung nach etwas, das im Rahmen der Selbstverpflichtung der Vereine laufen sollte? Was können wir als Parlamentarierinnen tun, um Sportvereine dahingehend auch zu unterstützen, das Labeling nach draußen zu tragen? Was braucht es da?

Dann zu der nächsten Thematik, die Herr Claus damals auch angesprochen hatte bezüglich der unregulierten und kommerziellen Kampfsportschulen und freien Trainingsgruppen. Welche Handlungsmöglichkeiten hat das Land Berlin hier, jenseits des traditionellen Vereinsports? Gibt es dazu seitens der MBR Erfahrungen? Welche Interventionsmöglichkeiten sehen Sie, um extreme rechte Strukturen auch außerhalb der organisierten Sportvereine und -verbände effektiv bekämpfen zu können?

Ansonsten lade ich Sie gerne ein, in dieser Runde noch das sagen zu können, wofür die ersten fünf Minuten nicht gereicht haben, damit wir die Erkenntnisse hier auch mitnehmen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Haustein, bitte!

Dennis Haustein (CDU): Herr Vorsitzender, ganz herzlichen Dank! – Ganz herzlichen Dank auch an Sie, Herr Wörsching, für die Einführung! Vorweg auch einen Dank an Herrn Buchner noch mal für die ganz klaren Worte, vor allem zum Antrag der Grünen! Da will ich mal kurz einsteigen: Sie fordern, dass jetzt weitere Meldestellen eingerichtet werden, also quasi ein Netzwerk, woran sich dann die Vereine gebunden fühlen. Dann wollen Sie ganz klare Regeln und Grenzen einführen. Ich glaube, bei dieser Gängelung ist Ihre Partei mit der Partei der Linken sehr weit vorne. Ich habe mir die ganze Zeit die Frage gestellt, ob Sie das Berliner

Register, welches wir haben, vergessen haben. Wir haben ja bezirkliche Meldestellen. Wir haben eine Landesmeldestelle. Die sind auch recht auskömmlich finanziert. Die haben wir in den aktuellen Haushaltsverhandlungen, die wir noch gar nicht lange hinter uns haben – ich weiß nicht, ob Sie dabei waren – auch deutlich gesichert. Wollen Sie in Ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, dass diese Meldestellen nicht effektiv genug oder unzureichend arbeiten? Das würde mich wahnsinnig interessieren. Vielleicht müssten wir da noch mal nachjustieren, aber einen Änderungsantrag hatte ich von Ihnen in den Haushaltsverhandlungen nicht genommen.

Grundlegend möchte ich mal ein bisschen auf dem Themenbereich Antisemitismus zu sprechen kommen, weil wir davon jetzt noch ein bisschen weit weg waren. Häufig wird das Thema Antisemitismus dem Phänomenbereich „rechtsextrem“ zugeordnet. Da würde mich von der Senatsverwaltung, von Frau Becker, interessieren: Könnten Sie uns mal Zahlen mitgeben, die aussagekräftig sind, damit wir wissen, von was wir da eigentlich reden? Wie viele antisemitische Vorfälle müssten wir in unseren Sportvereinen oder im Spektrum Sport verzeichnen? Denn gerade das Thema Antisemitismus in der Stadt hat eine neue Hochkonjunktur erlebt. Wir wissen doch alle miteinander, dass es zum großen Teil eben nicht der klassische Bereich der Rechtsextremisten ist, der hier Menschen jüdischen Glaubens angreift, sondern vor allem Personen, die sich aus aktuellen politischen Krisen und Konflikten auf der Welt heraus einseitig vom Staat Israel oder anderen distanzieren. – Hören Sie doch bitte einmal zu! Das ist ein wichtiges Thema. Die Grünen sind da klar positioniert, aber insbesondere bei unseren Kollegen von den Linken müssen wir immer wieder sehen, wie Menschen auf Israelhasserdemos instrumentalisiert und vor den Karren gespannt werden und wie dort auf Menschenfang gegangen wird. Da werden Menschen, nur weil sie jüdischen Glaubens sind und sich nicht vom Staat Israel distanzieren, konsequent diffamiert, verfolgt und angegriffen. Ich erinnere mich gut an die Enquete-Kommission vor einigen Monaten, wo wir eine Sitzung hatten. Gerade bei diesem Berliner Register – da sind wir wieder – mussten wir feststellen, dass dort nicht nur eine Verdoppelung oder Verdreifachung der gemeldeten Zahlen antisemitischen Ursprungs zu verzeichnen sind, sondern ein noch krasserer Aufwuchs. Das ist der schlimmste Phänomenbereich, der aufgrund dieses Vor-den-Karren-Spannens und auch der Ausschlachtung für die eigenen politischen Zwecke so überhandnimmt. Ich bin da ganz sorgenvoll. Wenn mir jüdische Studierende sagen, sie trauen sich nicht mehr in den Hörsaal, weil sie, nur weil sie Juden sind, dort angegriffen werden, dann können wir das so in der Stadt nicht dulden. Gerade im Sportbereich würde ich gerne wissen: Wo ist das Gefühl und wo die Fiktion? Herr Wörsching, an Sie habe ich die Frage, ob Sie noch mal ein bisschen zur Einordnung von Antisemitismus ausführen könnten, von was wir sprechen. Was sind Ihre Eindrücke? Identifizieren Sie selber antisemitische Vorfällen, oder ist es dann pauschal der große Bereich Rechtsextremismus? Dazu würde ich mich sehr über Hinweise freuen. Grundlegend ist es so: Antisemitismus ist kein Problem nur von dem Phänomenbereich Rechts, sondern insbesondere in der aktuellen Zeit von links. Dagegen müssen wir auch als Berliner Parlament geschlossen auftreten.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Schermesser, bitte!

Frank Scheermesser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an Herrn Wörsching für die Ausführungen! Meinem Vorredner von der CDU kann ich mich voll inhaltlich anschließen. Ich hatte ja schon beim letzten Mal gesagt, dass ich persönliche Erfahrung mit dem Thema habe und Herrn Gronert von Makkabi sehr gut verstehen kann. – Herr Wör-

sching, Sie hatten vorhin schon ausgeführt, dass Sie vom Gedanken her so eine Art Ampel einführen, also rot für Rechtsextremismus, gelb für andere Vorgänge. Das hatten Sie als Idee. Meine Frage dahingehend ist: Wie finden Sie das, Herr Wörsching, wenn man diese Taten etwas detaillierter meldet? Wir haben es ja auch vom Berliner Amateurfußballverband gehört, dass dort nicht speziell auf die Vorfälle als solche eingegangen wird, sondern nur pauschal festgestellt wird, was es war, also Tötlichkeit, Beleidigung und so weiter. Vieles wird einfach gemeldet. Wäre es nicht längst an der Zeit, damit man zielgerichtet handeln kann, dass diese Vorfälle einfach detaillierter berichtet werden? Sollte es über diese Vorfälle eine differenziertere Erfassung geben? Es wäre meine Frage an den Senat, ob so etwas angedacht ist. Aber es ist auch eine Frage an Herrn Wörsching, ob er das gut finden würde oder inwieweit seine Ampel dafür auch was tun könnte.

Was den Antrag der Grünen betrifft: Natürlich teilen wir das Ziel, Extremismus im Sport zu bekämpfen. Aber was wir nicht teilen, ist eben dieser einseitige Tunnelblick, den Sie haben. Rechtsextremismus wird detailliert faktisch adressiert, aber alle anderen kommen da gar nicht erst vor, islamistisch motivierter Antisemitismus zum Beispiel. Das haben wir ja gehört. Weiter zum Inhalt: Sie fordern neue Fachstellen, Pflichtlizenzen für Trainer, Veranstaltungslizenzen, Zertifizierungen. Das ist einfach ein gewaltiger bürokratischer Aufwand. Und in Ihrem Antrag taucht kein einziger Finanzierungsvorschlag auf. Die Staatssekretärin hat in der letzten Sitzung schon gesagt, dass die bestehende Haus- und Nutzungsordnung der SPAN die rechtlichen Grundlagen bereits bietet. Das Problem ist unserer Erachtens nicht die Rechtslage, sondern wie man das vor Ort durchsetzt. Da können wir auf alle Fälle mehr Schulungen für Platzwart, klare Meldewege oder detailliertere Meldungen mittragen. Aber eine Überregulierung, wie sie auch schon angesprochen wurde, die vor allen Dingen auch tief in die Gewerbe-freiheit eingreift, lehnen wir ab. Deshalb werden wir den Antrag auch ablehnen. – Danke!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Mirzaie, bitte!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank bis hierher! Vielleicht gehe ich mal nacheinander vor. Zunächst einmal zu den Ausführungen meines Kollegen, Herrn Buchner: Ich hätte mir schon gewünscht, dass neben so einem plumpen Oppositionsbashing und Wahlkampfgetöse vielleicht noch mal mehr Vorschläge auch von Ihrer Fraktion kommen, was man machen kann, um dem Problem Rechtsextremismus Herr zu werden. Ich finde solche Pauschalaussagen wie: Wir sind die einzigen, die Ahnung haben, wie der Sport funktioniert und die anderen nicht – schon ein sehr einfaches Karo, das hier gezeichnet wird. Da schwingt für mich auch eine gewisse Arroganz mit. Ich glaube, ich kann für mich und viele andere sagen, dass wir nicht nur selber auch Erfahrung haben als Mitglieder unserer Fraktion auch in Sportvereinen. Und natürlich sind wir auch im Austausch mit Sportvereinen, mit Aktiven im Sport, und genau diese Probleme werden uns gespiegelt. Jetzt hinzugehen und zu sagen, man wolle hier den Sport knechten, das sind alles Aussagen – – Wir arbeiten im Sport mit einerseits unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, mit Kindern, mit Jugendlichen. Im Bereich Kinder und Jugendliche würde auch keiner hinkommen und sagen: Ach ja, ist doch egal, lasst die mal machen. Wozu brauchen wir Zertifizierungen im Umgang mit Kindern? Wozu brauchen wir Zertifizierungen im Umgang mit zum Beispiel Übergriffen und so weiter? – Letztendlich sind das alles Regelungen, die den Sport besser machen, und deswegen verahre ich mich gegen Pauschalurteile. Wie gesagt, es geht hier darum, einfach auch Verbesserungen umzusetzen, wie Sport funktioniert, gerade weil Sport ein Ort ist, an dem sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen treffen. Da kann man nicht hingehen und sagen,

nur weil man jetzt in einem Bereich eine freiwillige Zertifizierung machen möchte, dass das irgendwie eine Überregulierung wäre. Wie gesagt, das würde man im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, Frauen oder anderen Gruppen auch nie behaupten. Warum ist das denn jetzt hier an der Stelle auf einmal so ein Problem? Ich verstehe an der Stelle überhaupt nicht, dass man sich dagegen so verwahrt.

Außerdem ist es doch gut, wenn wir aus der Opposition mal inhaltliche Impulse setzen, an denen man auch diskutieren kann. Wo ist denn der Antrag der SPD? Ich habe es auch gestern schon mal gesagt: Antifaschistische Haltung alleine reicht nicht. Da muss sich die SPD-Fraktion schon mal die Frage stellen, warum sie es nicht schafft, aus den Sonntagsreden auch politische Anträge zu machen. Dann nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, finde ich an der Stelle auch ein bisschen schwach. Wir kennen alle Programme. Wir kennen alle auch Programme, die gut und die schlecht laufen. Aber ich sage auch ganz ehrlich, lieber Dennis, mit einem Sticker vorne an der Turnhallentür für Vielfalt und Diversität ist es dann an der Stelle auch nicht getan. Da braucht es auch die Auseinandersetzung mit den Mitgliedern. Da braucht es die Auseinandersetzung mit den Aktiven, mit den Trainerinnen und Trainern, die auch wichtige Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenfunktion einnehmen. Dann nur auf so Programme zu verweisen, ist mir dann auch zu wenig.

Die Punkte, die wir gesetzt haben, richten sich auch in der Verbindlichkeit, die Ihr kritisiert habt, an die Verwaltung. Ich glaube, von der Verwaltung und unserer Senatsverwaltung können wir schon auch verbindliche Regelungen erwarten und können da nicht alles auf Freiwilligkeit beruhen lassen.

Dann vielleicht noch mal zu den anderen aufgeworfenen Fragen: Ich finde es schon ein wenig irritierend, dass wir von der Senatsverwaltung, aber auch von den Anzuhörenden gehört haben, dass Rechtsextremismus – auch durch Zahlen unterlegt, Kollege Haustein – das größte Problem an dieser Stelle ist. Dann hier so einen Spin der AfD aufzugreifen, nach dem Motto „Rechtsextremismus? – Lasst uns doch mal lieber über andere Phänomenbereich sprechen“ – Sehr gerne! Wir sind auch gerne bereit, an dieser Stelle über Vorschläge und Anträge zu debattieren. Aber jetzt mit einem Fingerwisch hier das Thema Rechtsextremismus zu bagatellisieren und kleinzureden, halte ich an dieser Stelle für brandgefährlich. Wir haben erst vor wenigen Tagen die aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität hier in Berlin von Ihnen, Frau Senatorin Spranger und Frau Slowik, vorgelegt bekommen. Die sind ganz klar. Insofern müssen Sie sich schon die Frage stellen: Wollen Sie hier weiter den AfD-Spin drehen, oder wollen Sie evidenzbasiert mit uns über das Rechtsextremismusproblem in Berlin sprechen?

Noch ein letzter Punkt: Die AfD versucht natürlich – hören Sie mal ganz gut zu! – auch, sich strategisch durch die Auseinandersetzung und die Funktionalisierung der Antisemitismusdebatte von ihrem eigenen Antisemitismus reinzuwaschen. Aber das dürfen wir Ihnen an der Stelle auch als demokratische Fraktionen nicht durchgehen lassen. Mit einer Partei, die ständig einen Herrn Soros als den Teufel an die Wand malt, die auf ihren Parteitag vor aller Öffentlichkeit von Globalisten spricht, die die Erinnerungskultur in den Dreck zieht, wollen Sie doch nicht gemeinsam hier über Antisemitismus sprechen. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Wir haben jetzt die Fraktionsrunde hinter uns. Es gibt aber noch drei Wortmeldungen. Die würde ich jetzt noch drannehmen. – Herr Standfuß!

Stephan Standfuß (CDU): Das letzte, was gesagt wurde, glaube ich, kann man so nicht sagen. Ich finde, dass es völlig richtig ist, dass man den Blick an der Stelle auch mal erweitert. Nichtsdestotrotz sind wir uns alle einig, dass das Thema Rechtsextremismus heute das Thema der Stunde ist. Da gibt es Probleme, keine Frage. Ob die in dem Umfang bei allen Sportvereinen so groß sind, wage ich zu bezweifeln. Herr Buchner hat das vom Problemumfang schon ganz gut dargestellt, und es muss dann schon auch mal zugelassen sein, noch mal zwei, drei andere Phänomenbereiche zu erwähnen, damit man auch alles hat. Grundsätzlich sind wir uns, glaube ich, darüber einig: Wir wollen weder Rechts- noch Linksextremisten im Bereich Sport haben noch irgendwelche anderen Extremisten, die den Sport auch ein Stück weit verfälschen. Sport soll nach Möglichkeit politisch gewaltfrei sein, sodass man tatsächlich das Sportereignis an sich im Vordergrund hat. Und wenn es dann friedlich läuft, ist das das Beste, was man dem Sport wünschen kann.

Ich habe trotzdem noch mal zwei Fragen, weil ich finde, der Punkt, den Herr Buchner genannt hat, dass viele kleine Vereine mit ehrenamtlichen Strukturen meistens nicht mal eine ordentliche Geschäftsstelle besetzt haben, jetzt ein Stück weit mehr Verarbeitungsaufwand tragen sollen –– Nichtsdestotrotz würde ich auch die kleinen Vereine gerne vor solchen Übernahmegeschichten, wie sie hier auch schon angedeutet wurden, schützen. Jetzt die Frage an Sie, Herr Wörsching: Wie sehen Sie das? Wie könnte man kleinen Vereinen, die möglicherweise – ich sag es mal so locker – ins Trudeln geraten, weil keiner mehr Lust hat, für die nächsten zwei Jahre den Vorsitz zu übernehmen, weil man weiß, dass das meistens eher sechs als zwei Jahre sind, weil vielleicht ein Schatzmeister ausfällt oder weil vielleicht keine Besetzung der Geschäftsstelle mehr zu finanzieren ist –– Auch diesen Vereinen muss irgendwie geholfen, unter die Arme gegriffen werden. Wo würden Sie denn die Verantwortlichkeiten sehen? Beim Senat, beim Landessportbund? Kann man vielleicht auch den Großvereinen, die das besser können – ich hab da so ein paar Beispiele im Auge – sagen: Ihr müsst euch vielleicht auch jeder mal um zwei, drei kleinere Vereine kümmern, die mit diesem Augenmerk auf Extremisten ein Stück weit beraten? – Das wäre die Frage, die ich an Sie habe.

Dann habe ich noch die Frage – ich will noch einmal zu einem anderen Phänomenbereich kommen, weil mich das interessiert –: Wir hören immer wieder von den Sportvereinen, dass es auch organisierte Kriminalität geben soll, die versucht, Sportvereine zu übernehmen mit großen Geldsummen, die mitgebracht werden, meistens wahrscheinlich nicht redlich erworben. Den Vereinen werden großartige Investitionen versprochen. Gleichzeitig wird das aber auch von Vorstandsposten abhängig gemacht, um einen gewissen Einfluss zu bekommen. Inwiefern hat der Senat dazu Erkenntnisse? – Danke!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Frau Kittler, bitte!

Regina Kittler (LINKE): Vorab, da Herr Haustein uns direkt angesprochen hat, möchte ich Ihnen mitteilen, falls Sie es immer noch nicht mitbekommen haben: Es gibt eine klare Beschlusslage der Linken, auch der Linksfraktion bezüglich Antisemitismus. – [Dennis Buchner

(SPD): Auch in Neukölln?] – Ich habe für die Partei und für die Linksfraktion gesprochen. Die Auseinandersetzung, die wir auch innerhalb der Partei führen, sollten wir jetzt hier nicht im Sportausschuss führen. Die führen wir aber. Das können Sie mir glauben.

Wenn Sie hier mantramäßig, Herr Haustein, immer wiederholen, dass es durchaus auch, zum Beispiel bei Makkabi, große Probleme gibt, dann gucken Sie sich doch bitte noch mal das Wortprotokoll der Anhörung an! Ich glaube, da beantworten sich ganz viele Fragen, eigentlich alle, die Sie hier gestellt haben. Es ist schon ziemlich eindeutig, was in dem Zusammenhang hier gesagt wurde. Dass wir an der Seite von Makkabi stehen, können Sie auch glauben.

Ich hätte an den Senat noch eine Frage, und zwar hat Herr Wörsching hier ein Ampelsystem vorgeschlagen. Was sagen Sie dazu? Wäre das nicht ein Mittel, das man aufgreifen sollte?

Zu dem Antrag der Grünen, den wir unterstützen – das muss ich natürlich sofort sagen –, ist mir jetzt noch nicht ganz klar gewesen – aber Sie reden ja gleich noch mal –: Was haben Sie gegen verbindliche Standards, die man in Bezug auf den Kampf gegen Rechtsextremismus festlegen sollte? Was haben Sie gegen eine Fach- und Koordinierungsstelle, die hier vorgeschlagen wird? Was haben Sie gegen regulierendes Eingreifen, weil offensichtlich klar ist, dass das, was bisher da ist, nicht ausreicht? Wenn ich mir den Bericht von Frau Spranger an-
gucke, der gerade schon erwähnt wurde, mit dem Stand, den wir jetzt erreicht haben, können wir doch nicht zufrieden sein. Das sind Sie garantiert auch nicht. Da muss man irgendwas tun, und dazu dient dieser Antrag.

Dass die SPAN überarbeitet werden muss – – Sie ist auch nicht in Ewigkeit gegossen. Da muss man sich mal angucken, was wir gegenwärtig für Bedingungen in Berlin haben. Wir sind uns eigentlich alle einig, dass wir was machen müssen. Es wäre ein Schritt in diese Richtung. Wenn Sie jetzt konkret zu dem Antrag sagen würden, welchen dieser Punkte, anstatt nur zu sagen, es ist eine Überregulierung – – Es sind konkrete Vorschläge, und dann müssen wir darüber auch diskutieren. Unsere Unterstützung ist selbstverständlich.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Noch mal, Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Wir können die Antragsdebatte vielleicht dann beim Antrag gleich noch einmal führen. Ich will aber – danke, dass ich so direkt angesprochen bin! – noch mal deutlich machen: Wir haben hier beim letzten Mal im ersten Teil der Anhörung gehört, dass es 65 Fälle auf Sportanlagen im Jahr 2024 gegeben hat, die politisch motivierte Extremfälle waren. Davon konnten 61 Fälle dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden, in einem Bereich, in dem in Berlin über 800 000 Menschen regelmäßig im Sport unterwegs sind, in dem am Wochenende und unter der Woche Zehntausende Sportwettkämpfe, Ligaspiele stattfinden, in dem jede Woche Hunderttausende Menschen unterwegs sind. Ich möchte – das ist, glaube ich, der Unterschied – Rechtsextremismus da bekämpfen, wo wir das Phänomen tatsächlich sehen. Ich möchte den Vereinen helfen, bei denen es tatsächlich die Situation gibt, dass Rechtsextreme reindrängen. Übrigens möchte ich genauso den Feuerwehren oder den Jugendclubs helfen, die unterwandert werden, wie ich es in meinem Wahlkreis habe. Aber ich möchte nicht über 2 000 Sportvereinen, die in Berlin insgesamt gegründet sind, die unterwegs sind, die teilweise in kleinsten Bereichen mit 25 Leuten Badminton spielen, in denen es das Phänomen nicht gibt, irgendwelche verbindlichen Schulungen, irgend-

welche verbindlichen Siegel, irgendwelche verbindlichen und damit zwingend notwendigen Schritte vorschreiben, die sie machen müssen, um ein Phänomen zu bekämpfen, das sie in ihrem Verein nicht erleben.

Das ist noch mal etwas anderes als zum Beispiel – Kollege Mirzaie hat es gerade angesprochen – beim Kinderschutzsiegel. Da sehe ich das anders. Ein Kinderschutzsiegel muss ein Sportverein machen, der mit Kindern umgeht. Das schreibe ich auch keinem Verein vor, der keine Kinder- und Jugendabteilung hat. Das heißt, am Ende muss man gucken, was das richtige Mittel im politischen Weg bei begrenzten Ressourcen ist, um Vereinen zu helfen. Ich bin ein bisschen überrascht. Es wird einem, wenn man sich 15 Jahre mit dem Bereiche beschäftigt und ungefähr einmal im Jahr mit dem Thema auch Rechtsextremismus und solchen Phänomene im Sport – – Wenn jemand zum ersten Mal in den Sportausschuss kommt und so tut, als würde er das Sportsystem kennen – – Die Grünen haben übrigens in den Jahren 2016 bis 2023 hier mitregiert und mit uns gemeinsam ganz viele von den Dingen, die ich hier gerade genannt habe, unter anderem die Anlaufstelle beim LSB und die weitere Förderung von Fanprojekten, auf den Weg gebracht. Das haben wir in den in diesen Jahren miteinander beschlossen. Deswegen würde ich mir wünschen, dass man das zumindest kennt. Ich würde es für hilfreich halten, sich darauf zu konzentrieren, diese Dinge, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, auszubauen, wo es notwendig ist, aber eben nicht neue – – Deswegen finde ich den Antrag mindestens mal bis zu den Punkten 4, 5 und 6 – – Ich glaube, da sind wir uns weitgehend einig. Aber ich finde den Antrag in diesen ersten drei Punkten, wo Vereine aus meiner Sicht geknechtet werden sollen, nicht hilfreich. Mit dem Sticker, von dem der Kollege Mirzaie sprach, ist es eben nicht getan. Es ist nicht damit getan, dass man einen Jugendleiter mal in diesem Workshop, der vielleicht beim MBR stattfindet, schickt, dann den tollen Sticker kriegt und den am Ende auf die Vereinsgeschäftsstelle klebt. Damit ist es am Ende nicht getan, wenn tatsächlich der Rechtsextreme dort in der Faustballabteilung aufläuft, weil da nur noch drei ältere Herren sind. Das ist nämlich die Lebenswirklichkeit in den Vereinen. Da stellen die fest: Mensch, da gehen wir doch mal mit vier anderen hin und übernehmen die. – Das ist das, was im Sport tatsächlich passiert. Daran müssen wir uns in der Bekämpfung machen, und zwar nicht mit diesem pädagogischen Duktus solcher Anträge der Grünen. Die sind da kein Stück Hilfe.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Buchner! – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Kurz zu dem Wortbeitrag von Herrn Buchner: Sie haben gesagt, einen Teil des Antrags finden Sie aus den von Ihnen genannten Gründen heute nicht für beschließbar, einen anderen Teil aber schon. Wir sehen das natürlich anders, sonst hätten wir es ja anders eingebracht, das ist klar. Sie sagen, dass Sie die Punkte 4, 5 und 6 in dem Antrag, wenn ich das gerade richtig verstanden, mittragen. Wir können gerne mit diesen Punkten starten und auf die anderen verzichten. Wenn wir für die Punkte 4, 5 und 6 hier eine Mehrheit haben, sind wir auch dazu bereit, das als ersten Schritt zu sehen. Da liegt der Ball dann bei Ihnen. Wir sind bereit, das mit einer entsprechenden Änderungen vorzusehen. Wenn wir damit in diesem Ausschuss weiterkommen, dann verzichten wir gerne in einem ersten Schritt auf die anderen Punkte.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Dann kommen wir zur Beantwortung. – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Vielen Dank! – Ich möchte noch mal das Thema Sportanlagen-Nutzungsvorschriften, Sportfördergesetz einordnen. Wir haben viele Zuhörende hier. Ich glaube, das kann nicht schaden. Ich möchte auch Frau Kittler widersprechen, dass die Regeln nicht ausreichend sind. Herr Wörsching hat vorhin selber bestätigt, dass die Regeln für ausreichend befunden werden. Aber wie man drauf guckt, um die Umsetzung abzusichern, ist noch mal ein extra Punkt.

Ich komme zunächst dazu, dass sowohl im Sportfördergesetz als auch in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften rechtliche Grundlagen enthalten sind, um extremistische und antisemitische Handlungen von Vereinsmitgliedern oder Besuchern auf landeseigenen Sportanlagen zu sanktionieren. Das ist bekannt. Nach § 3, Absatz 2 Sportfördergesetz ist eine Voraussetzung für die Anerkennung von Vereinen als förderungswürdige Sportorganisation, dass ihr innerer Aufbau und ihre Tätigkeit demokratischen Grundsätzen entspricht. Dazu werden im Anerkennungsverfahren sowohl anlassbezogen die Satzungen und Tätigkeitsberichte angefordert und geprüft. Die können jederzeit angefordert und geprüft werden. Sollte sich im Rahmen einer anlassbezogenen Prüfung herausstellen, dass der innere Aufbau und die Tätigkeit einer Sportorganisation nicht mehr demokratischen Grundsätzen entsprechen, ist die Anerkennung der sportlichen Förderungswürdigkeit nach diesem § 3 Absatz 5 Sportfördergesetz zu widerrufen.

Ich komme zur Haus- und Nutzungsordnung für die öffentlichen Sportanlagen – hier kommen die Bezirke ins Spiel –, die als Anlage 1 der SPAN beigefügt ist. Es ist bereits eine Regelung verankert, die extremistische Handlungen auf den öffentlichen Sportanlagen verbietet und dem Land Berlin die Möglichkeit eröffnet, einen Verweis oder ein Hausverbot auszusprechen. Die Nummer 10 der Haus- und Nutzungsordnung der SPAN lautet wie folgt – ich lese das einmal vor –: Nutzenden sowie Besucherinnen und Besuchern der Sportanlagen, Räume und Einrichtung ist die Darstellung von rechtsextremistischen, antisemitischen oder anderweitig diskriminierenden Gedankengut verboten.

„Darunter fällt unter anderem die Beleidigung von Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung, das Tragen oder Mitführen entsprechender Symbole und Kleidungsstücken,“

deren Herstellung, Vertrieb oder Zielgruppe nach allgemein anerkannter Ansicht im rechtsextremen Feld anzusehen sind, das Mitführen entsprechender Materialien und deren Verbreitung.

„Ein Verstoß kann mit sofortigem Verweis von der Sportanlage und mit Hausverbot geahndet werden.“

Extremistische oder antisemitische Handlungen im Verein oder auf öffentlichen Sportanlagen sind somit bereits nach den geltenden Rechtsvorschriften sanktionierbar. Weitergehende rechtliche Sanktionsmöglichkeiten sehe ich nicht. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich extremistische oder antisemitische Einstellungen nicht in äußeren Handlungen oder Verhaltensweisen niederschlagen. Zu unseren Vorschriften, die gelten, hat Herr Wörsching – ich wiederhole es – gesagt, dass Sie für ausreichend befunden werden.

Ich möchte der Forderung der MBR, Herr Wörsching, zum Stichwort Nutzungsvergabe widersprechen, denn die Bezirke setzen das bereits um. Die Nutzungsüberlassung erfolgt stets unter Anerkennung der SPAN und der Haus- und Nutzungsordnung. Diese ist im Übrigen in vielen Sportanlagen ausgehängt und muss dort eingesehen werden.

Ansonsten noch mal dazu, wie die Umsetzung dieser SPAN-Regeln und des Sportfördergesetzes abgesichert wird. Da sind die Bezirke gefragt. Ich hatte gestern in meinem Haus in Vorbereitung des Sportausschusses gesagt, ich habe vor anderthalb Jahren oder so schon mal eine Abfrage bei den Bezirken gemacht, wie weit sie in der Nutzung von Schulungsangeboten sind. Diese Abfrage werden wir jetzt noch mal wiederholen. Das können wir Ihnen dann auch gerne zur Verfügung stellen. Ich glaube, aktuell weiß keiner genau, wie das aussieht. Deswegen denke ich, kann Wissen an der Stelle nicht schaden.

Nochmal zu den Zahlen: Sie hatten auch noch mal nach der Zahlenlage gefragt. Hierzu kann ich sagen, von den über 2 500 Fällen, die bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, kurz RIAS Berlin, 2024 gemeldet wurden, fanden sieben im Stadion oder auf dem Sportplatz statt. Der Sport ist damit also nicht der primäre Ort, an dem Menschen Antisemitismus erfahren. Wie gesagt, ich will das Thema hier nicht bagatellisieren. Ich will es auch nicht kleinreden. Wir wissen alle über Dunkelfelder. Aber gleichwohl möchte ich hier eine Einordnung geben. Auch nach der Saisonauswertung des Berliner Fußball-Verbandes wird deutlich, dass die Kategorie „Religion“ bei den Meldungen von Diskriminierungserfahrungen nur 3 Prozent, sprich drei Fälle ausmachen. Ansonsten habe ich jetzt keine aktuellen Zahlen. Ich hatte eingangs etwas zur PKS gesagt.

Dann komme ich jetzt zum Antrag der Grünen? Erst einmal begrüße ich Ihren Antrag, kann aber zugleich auch sagen, dass Ihre geforderten Maßnahmen zu großen Teilen umgesetzt werden beziehungsweise nicht in der Zuständigkeit des Senats liegen. Den Vertreter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus haben wir gehört. Das ist eine sehr versierte Einrichtung, die sich auch explizit an Sportvereine richtet, daher auch ein wichtiger Partner ist.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten, zu den Forderungen aus Ihrem Antrag. Da geht es erstens darum, verbindliche fachliche Standards zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im Sport zu entwickeln. Dazu müssen wir sagen, dass diese Maßnahme aufgrund der Autonomie des organisierten Sports auch in diesem Aufgabenbereich liegt.

Zweitens fordern Sie, eine landesweite, verbands- und sektorenübergreifend arbeitende Fach- und Koordinationsstelle einzurichten. Hier kann ich sagen, dass mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, kurz MBR, bereits eine Einrichtung besteht, die sich explizit an die Sportvereine richtet. Das haben wir eben eindrucksvoll gehört.

Zur dritten Forderung, ein System der Regulierung und Zertifizierung von Sportangeboten in Berlin zu prüfen und schrittweise einzuführen, kann ich sagen, dass das Sportfördergesetz eine Prüfung der Förderungswürdigkeit von Sportorganisationen vorsieht. In diesem Zusammenhang findet bereits eine entsprechende Prüfung statt.

Zu den Forderungen 4 und 5, die konsequente und berlinweit einheitliche Umsetzung der SPAN sicherzustellen, hatte ich ausführlich berichtet. Die geltende SPAN findet in der Sportstättenvergabe entsprechend Anwendung.

Sechstens wird gefordert, die bestehende gute Praxis aus organisierten Sportstrukturen gezielt zu stärken. Die finanzielle Förderung von Projekten wie FAIReint des BFV, von dem ich vorhin sprach, und ebenso Zusammen1 von Makkabi findet bereits statt.

Zur siebten Forderung, Einführung eines ressortübergreifenden Runden Tisches – Sport, Inneres, Bildung, Jugend, Justiz – kann ich sagen, dass die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, deren Vorsitzende ich auch bin, auf Fachebene bereits ein Gremium mit den angesprochenen Ressorts geschaffen hat. Dieses beschäftigt sich regelmäßig mit dem Thema Rechts extremismus. Ansonsten würde ich vielleicht noch mal meine Verwaltung bitten, wichtige Punkte zu ergänzen.

Markus Rieger (SenInnSport): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann gerne noch etwas ergänzen zu den Meldestellen. Aus Verwaltungssicht ist immer auch das Berliner Register sehr wichtig. Dann hat der Berliner Fußball-Verband eine Meldestelle, einen Meldebutton auf der Internetseite, und auch Makkabi hat mit dem Projekt Zusammen1 eine Meldemöglichkeit. Das sind alles Möglichkeiten zu melden, wenn die Personen nicht direkt zur Polizei gehen und die Vorfälle dennoch melden wollen.

Dann kann ich noch ergänzen, dass wir gerade im Bereich Prävention zum Beispiel auch mit den Sportangeboten für Geflüchtete, wie Herr Wörsching auch schon gesagt hat, sehr stark aktiv sind. Darauf setzt auch der Landessportbund in seiner Präventionsarbeit einen großen Schwerpunkt, dass Menschen sich begegnen, dass Geflüchtete und Nichtgeflüchtete sich treffen und ihre Vorurteile und Ängste abbauen. Die Angebote sind so gestaltet, dass da immer auch möglichst 50:50 geteilt ist, dass es nicht nur Angebote sind, die sich nur an Geflüchtete richtet, sondern auch Nichtgeflüchtete dabei sind.

Dann kann ich vielleicht noch ergänzen: Wenn einzelne Vereine Unterstützung benötigen, kann auch das Projekt Zusammen1 von Makkabi für alle möglichen Bereiche angesprochen werden. Die machen allgemeine Demokratieförderung. Es geht nicht nur spezifisch um Antisemitismus. Wenn in Vereinen Probleme auftauchen, kann man sich an die Kolleginnen und Kollegen wenden, und die können die entsprechende Unterstützung dann auch bieten.

Paul Wedeleit (SenInnSport): Ich habe noch eine Ergänzung, weil die Frage aufkam, ob das vorgeschlagene Ampelsystem oder eine Farbgebung – Es geht noch mal um diejenigen, die die Sportanlagen betreuen, die Platzwarte oder die Mitarbeitenden der Sportämter, was dann sozusagen die staatliche Aufgabe im Betrieb der Sportstätten ist. Frau Staatssekretärin hat erwähnt, dass jetzt noch mal eine aktualisierte Abfrage über Sensibilisierungsmaßnahmen der Sportämter getätigt wird. Es gibt sehr viele gute Materialien zum Erkennen von verfassungsfeindlichen Symbolen et cetera. Das Problem ist ein Stück weit natürlich der allumfassende Personalmangel, der grundsätzlich eine Thematik darstellt, und natürlich auch die Stigmatisierung. Je kleiner die Struktur und je bekannter die Nachbarschaften, desto schwieriger ist es dann natürlich auch, dort vorzugehen. Da muss man unterstützen, auch im schützenden Sinne und in Auswertung dieser Abfrage. Der Bezirk Pankow macht das beispielsweise und gibt an, dass er Sensibilisierungs- von Schulungsmaßnahmen für Platzwarte hat. Jetzt gucken wir noch mal, was bei den anderen Bezirken ist. Und wenn sich herausstellt, dass man da noch mal nachsteuern oder justieren kann, wäre es mit Sicherheit ein guter Vorschlag, dort auch mit den Sportämtern noch mal zu intensivieren.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Soweit der Senat. – Herr Wörsching, bitte!

Mathias Wörsching (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Fragen! Bitte sehen Sie es mir nach, dass ich nicht auf alles eine Antwort weiß. Es gibt auch einzelne Fragen, die ich nicht ganz verstanden habe. Ich äußere mich jetzt einfach mal zu dem, was ich verstanden habe und wozu ich etwas sagen kann.

Es wurde nach unseren Erkenntnissen zur Unterwanderung von Sportvereinen gefragt. Ich würde sagen, dass das Wort der Unterwanderung meistens den Sachverhalt nicht treffend beschreibt, sondern es ist eher so, dass Rechtsextreme oder Menschen, die mit dem Rechtsextremismus sympathisieren, bereits in den Verein sind und dann sozusagen Türen öffnen, wie wir das im Fall der Rennbahnstraße gesehen haben.

Ich bitte noch mal um Verständnis. Wir sind keine Meldestelle und keine Monitoringstelle, sondern eine nachfrageorientierte Beratungsstelle. Das heißt, wer sich an uns wendet, der hat schon eine Problemwahrnehmung im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsideologie. Das ist unser Bereich. Deswegen können wir das mehrfach angesprochene Dunkelfeld gar nicht aufhellen. Wir arbeiten nur mit den demokratisch bewussten Teilen des Hellfeldes, den Aktivposten der demokratischen Zivilgesellschaft und anderen Teile der Gesellschaft. Ganz grundsätzlich ist es so, dass die bestehenden Meldemöglichkeiten und Ansprechpersonen – sehr viele sind hier bereits genannt worden – bekannter gemacht werden müssten, das sogenannte Meldernetzwerk ausgebaut gehört, wie bei unseren Partnern von den Registerstellen oder auch unserem Schwesterprojekt RIAS Berlin, das auch schon vorkam.

Wir haben in der Beratungsarbeit im Bereich Schule oder soziale Arbeit immer wieder die Erfahrung gemacht, wie wichtig es ist, dass ein Bekenntnis zur Demokratie und Menschenrechten möglichst konkret auch in den normativen Texten niedergelegt ist. Als juristischer und parlamentarischer Laie kann ich jetzt nicht so richtig gut etwas zu dem Sportförderungsgesetz sagen, nur, dass mir das sehr allgemein und sehr vage vorkommt mit dem inneren demokratischen Aufbau und der Tätigkeit. Wenn ich ans Berliner Schulgesetz denke, wenn ich auch zum Beispiel an die gemeinnützigen Zwecke aus der Abgabenordnung denke, wo etwa von der internationalen Gesinnung, von der Völkerverständigung die Rede ist, wenn ich an Prinzipien wie Menschenwürde denke, an den Frieden oder auch an die Ablehnung von Gewaltherrschaft – das ist jetzt § 1 Schulgesetz –, dann stelle ich in der Beratungs- und Fortbildungsarbeit immer wieder fest, was das für eine mächtige Vergewisserung und Absicherung ist, beispielsweise für Lehrkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, dass sie sich da auf so etwas berufen können, dass noch mal ausbuchstabiert ist, was demokratische Tätigkeit und demokratischer Aufbau bedeuten können.

Zu den Sportplatzwarten: Es ist uns in der Tat auch so geschildert worden bei unseren Fortbildungsveranstaltungen, die wir in zwei Bezirken hatten, dass sie sehr wenig Personal haben, dass eine Person für eine Vielzahl von Sportanlagen zuständig ist, dass überhaupt keine Kontrolle des Zugangs auf so einen Sportplatz möglich ist. Es ist also wichtig, diesen Menschen zu ermöglichen, besser wahrnehmen und deuten zu können, ihnen, wenn sie Wahrnehmungen machen, mit einer festen Ansprechstruktur im Amt und einer möglichst auch schriftlichen Arbeitsanweisungen zu helfen, damit sie das auch entsprechend weitergeben.

Ansonsten geht es wirklich darum, die Menschen, die sonst noch im Sport unterwegs sind, also Demokratinnen und Demokraten, die auch Sportlerinnen und Sportler und im Verein sind, anzusprechen und zu aktivieren. Wir als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin sind Stand jetzt ganz gut in der Lage, die eingehenden Anfragen aus dem Bereich Sport zu bedienen. Aber es könnten in der Tat auch noch mehr sein. Auch unser Beratungsangebot wie das anderer Stellen und Strukturen, die in Berlin existieren und gute Arbeit machen, kann durchaus auch noch sehr viel besser im Bereich des Sports und der Vereine bekannt gemacht werden.

Sie hatten nach dem Erkennen und Einordnen von rechtsextremen Symbolen gefragt, ob das nicht auch eine Überforderung darstellen kann. Wir wissen, dass sich diese Symbolwelt ständig verändert. Neue Symbole kommen hinzu, werden populär, andere treten zurück. Ich denke, dass es wichtig ist, die bekanntesten, die gängigsten Symbole aufzunehmen, etwa in einer Form von Handreichung, Pocketflyer oder Aushang. Unser Vorschlag eines Farbsystems, angelehnt an die Karten im Fußball, also mit Rot, Orange und Gelb zu arbeiten, ist eine Richtung, in die man gehen könnte. Es stimmt, dass bereits sehr viele Überblicksdarstellungen, Flyer, Zusammenstellung auf dem Markt sind. Es gibt hervorragende Handreichungen. Es wäre vielleicht ratsam, die Besten davon noch mal zu sichten, zu reduzieren, in eine handliche Form zu geben und dann auch mit der Unterstützung der Verwaltung in die entsprechenden Strukturen zu geben. Mir ist zum Beispiel bekannt, dass der Fußball-Verband einen sehr guten Pocketflyer hat. Es gibt auch Vorbilder für so etwas, an die man sich anlehnen könnte und die man in aktualisierter Form noch mal verbreiten könnte.

Gefragt wurde nach Möglichkeiten, sich den unregulierten Kampfsportsektor besser anzuschauen und mögliche rechtsextreme Tendenzen dort zu bekämpfen. Das ist wieder etwas, wo ich sagen muss, das geht nur, wenn demokratisch gesinnte Personen im Umfeld unterwegs sind, irgendwie etwas mitbekommen und das dann an uns oder andere zuständigen Stellen weitergeben.

Dazu passt vielleicht ganz gut eine Frage, die ich noch gehört habe: Wie können gerade kleine Vereine, die vielleicht personell und materiell nicht so gut ausgestattet sind, dabei unterstützt werden, sich gegen rechtsextreme Unterwanderung zu schützen? Ich glaube, gerade für Menschen in solchen Vereinen ist es wichtig zu wissen, an wen sie sich wenden können. Es gibt ein sehr gutes Instrument auch für Vereine, sich zu schützen. Das ist die Satzung. Es ist möglich, für Vereine in die Satzung auch Ausschlussklauseln gegen Rechtsextremismus und anderes aufzunehmen. Das ist etwas, wozu wir als MBR Vereine aus ganz vielen unterschiedlichen Bereichen, darunter auch Sportvereine, in der Vergangenheit bereits erfolgreich beraten haben.

Ziemlich oft kam das Verhältnis von Rechtsextremismus und Antisemitismus zur Sprache. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass die aktuell geltende Haus- und Nutzungsordnung bereits eine Regelung zu Antisemitismus, wie überhaupt zu jeglicher Diskriminierung, enthält. Es ist also aus unserer Sicht ein bisschen ein verzerrtes Bild, wenn man die vielfältigen Manifestationen von Rassismus, Antisemitismus und anderen Diskriminierungsformen versucht, in klare ideologische Bereiche einzuordnen. Wenn Sie sich die Zahlen der Register und auch die RIAS-Zahlen ansehen, werden Sie sehen, welcher riesiger Teil gar nicht richtig zugeordnet werden kann. Wir haben es mit einer gesellschaftlichen Realität zu tun, wo rassistische, antisemitische, homo-, trans- und queerfeindliche Diskriminierungen und vieles andere

mehr eben auch aus der Mitte der Gesellschaft von Menschen, die sie nicht so klar ideologisch zuordnen können, geäußert werden. Aber auch gegen solche Erscheinungsformen bieten die bestehenden Regelungen durchaus Handhabe.

In dem Zusammenhang wollte ich nochmal darauf hinweisen, dass die Zahlen der Berliner Registerstellen und auch die Zahlen der Monitoringstelle RIAS zusammengenommen einen explosionsartigen Anstieg von Vorfällen und Meldungen nicht nur im Bereich des Antisemitismus, sondern auch im Bereich des Rassismus und anderer Phänomene ausweisen. Tatsächlich ist es mit Blick auf das Jahr 2024 ein explosionsartiger Anstieg in mehreren Bereichen, der uns ganz große Sorgen macht. Aber das ist ein anderes Thema. Damit haben wir zurzeit in der Beratungsarbeit gerade im Bereich Jugend, Jugendsozialarbeit, Schule sehr viel zu tun. – Jetzt habe ich, glaube ich, zumindest zu einigen der Fragen etwas gesagt, nicht zu allem. Da bitte ich noch mal um Nachsicht und würde jetzt erst einmal enden.

Vorsitzender Scott Körber: Recht schönen Dank erst mal für die Erläuterung und für die Beantwortung der Fragen! – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Dann haben wir Herr Scheermesser. – Bitte!

Frank Scheermesser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Wörsching sagte gerade, dass ein großer Teil der Taten nicht klar zugeordnet werden kann. Deshalb will ich den Senat fragen, wie er über eine differenziertere Erfassung von Gewaltvorgängen denkt. Wie steht der Senat dazu?

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. – Bitte, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Abgeordnete! Ich möchte zu Herr Wörsching ergänzen, dass der Landessportbund Mustersatzungen anbietet. Da ist auch das Thema, über das wir hier reden, integriert. Dort gibt es auch Vorschläge, wie man so eine Satzung aufstellen kann. Aber danke, dass Sie das Thema noch einmal angesprochen haben!

Zu Herrn Standfuß: Zur Organisierten Kriminalität habe ich jetzt keine Erkenntnis. Ob das extra irgendwie dem Sport zugeordnet wird oder so, weiß ich nicht. Da kenne ich mich mit der PKS auch nicht aus.

Paul Wedeleit (SenInnSport): Ich würde gerne noch ergänzen: Es war noch der kleine Nebensatz, alle Vereine die gemeinnützig sind, müssen im Rahmen der Gemeinnützigkeitsprüfung in ihrer Satzung nachweisen, dass sie nicht der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik zuwiderlaufen. Selbstredend sind in Verbindung mit den Empfehlungen des Landessportbundes in seiner eigenen Autonomie für den organisierten Sport in der Regel auch entsprechende Klauseln enthalten. Das bezieht sich natürlich auch auf den Kinderschutz, auf die Inklusion, andere Compliance-Themen, aber eben auch auf die Extremismus- und Diskriminierungsfragen. Insbesondere setzt die Sportverwaltung bei der Anerkennung der Förderungswürdigkeit den vorliegenden Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften voraus, der die Gemeinnützigkeit bestätigt. Insofern ist das systemisch hinterlegt und kann auch nicht umgangen werden.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Zu Herrn Scheermessers Frage nach der Verfeinerung der Statistik: Das müsste man sich jetzt mal angucken. Das liegt dann auch eher im Bereich der Polizei und von Inneres. Vielleicht sollten Sie danach noch mal im Innenausschuss fragen.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Frau Staatssekretärin! – Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Dann können wir als Ergebnis festhalten: Die Besprechungen unter Tagesordnungspunkt 3 werden vertagt, bis das Wortprotokoll der heutigen Anhörung vorliegt.

Im Namen des Ausschusses bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen, dass Sie uns heute zur Verfügung gestanden haben und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Dann haben wir noch das Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 4: Auch der wird vertagt, bis die Stellungnahme des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vorliegt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0147](#)
Inklusion im Sport: Nur leere Worte statt Abbau Sport
von Barrieren? – Forderungen des
Behindertenparlamentes ernst nehmen
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 26.09.2025

in Verbindung mit

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0154](#)
Drucksache 19/2434 Sport(f)
Voraussetzungen für inklusiven Sport schaffen ArbSoz*

in Verbindung mit

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke [0155](#)
Drucksache 19/2474 Sport(f)
Echte Teilhabe statt systemischem Ausschluss: ArbSoz*
Barrieren im Sport durch Assistenzfonds,
Gebärdensprachdolmetschung und Partizipation
überwinden!

in Verbindung mit

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 19/2475

**Inklusion verbindlich machen: Für konsequent
barrierefreie Sportstätten, inklusive
Veranstaltungen und verpflichtende
Sensibilisierung!**

[0156](#)

Sport(f)

ArbSoz*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.